



Rüsselsheim, 6.7.2016

Büro Stadtverordnetenversammlung  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim

**Änderungsantrag „Normenkontrollverfahren“ zur DS 52/16-21 (zur Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung am 7.7.2016)**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, unverzüglich ein Normenkontrollverfahren einzuleiten, bei dem die Satzung des Städteservice Rüsselsheim / Raunheim AöR - gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Städte Raunheim und Rüsselsheim am Main - auf ihre Gültigkeit geprüft wird. Das Verfahren soll insbesondere die Frage klären, ob sich die Unwirksamkeit der Anstaltssatzung aus der Tatsache ergibt, dass die Satzung nicht die Möglichkeit vorsieht, dass eine Trägerin ohne das Einverständnis der anderen aus der gemeinsamen kommunalen Anstalt austritt. Womit es also bei Weigerung des anderen Trägers einer Auflösung zuzustimmen, nie wieder möglich wäre, sich von der kommunalen Zusammenarbeit in Form der Anstalt öffentlichen Rechts zu lösen („ewige Bindung“). Zumal die Satzung damit nicht die zwingende Vorgabe des § 29b Abs. 2, Satz 4 Nr. 6 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) erfüllt, dass sie eine Regelung über die Verteilung des Vermögens und des Personals im Fall des Austritts eines der Träger enthalten muss.
2. Die Rüsselsheimer Verwaltungsratsmitglieder der AöR werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bis zur Gerichtsentscheidung keine eine mögliche Rückabwicklung erschwerenden Entscheidungen, insbesondere solche, die eventuelle Rückabwicklungskosten erhöhen, innerhalb der AöR getroffen werden.
3. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens wird bis zur Gerichtsentscheidung in Absprache mit den Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens zurückgestellt.

**Begründung:** erfolgt mündlich

Sanaa Boukayeo  
SPD-Fraktionsvorsitzende

Joachim Walczuch  
Fraktionsvorsitzender  
WSR

Maria Schmitz-Henkes  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die  
Grünen

Karl-Heinz  
Schneckenberger  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke/Liste  
Solidarität